

# #Neustart

# 2022

Raus aus der Krise, aber wie?  
Texte der Sozialistischen Linken  
zur politischen Lage.



# Inhaltsverzeichnis

Einleitung ..... S. 2

Neustart – Grundlagendiskussion und politische Initiativen der Sozialistischen Linken ..... S. 4

Bundestags-Wahlergebnis ist historische Zäsur – jetzt umsteuern!..... S. 7

Zur Krise der Linken und der Partei – was ist heute „links“?..... S. 20

Zum Umgang mit der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen..... S. 30

## Einleitung

**Liebe Leserin, lieber Leser  
Liebe Genossin, lieber Genosse,**

Du hältst eine kleine Broschüre der Sozialistischen Linken (SL) in den Händen. Sie versammelt Texte aus dem Jahr 2021 und soll einen Eindruck geben darüber, was die SL ausmacht.

Du findest auf den folgenden Seiten beispielsweise unseren Text

zum katastrophalen Ausgang der Bundestagswahl für unsere Partei. Und auch einen differenzierten Artikel über die Bewegung gegen die „Corona-Maßnahmen“ und wie Linke darauf reagieren könnten.

Deutlich wird: die SL wählt bewusst nicht den Weg des geringsten Widerstandes. Das wäre für Linke auch ein etwas merkwürdi-

**Redaktion:** Constantin Braun, Ralf Krämer. **V. i. S. d. P.:** Michael Niedworok, c/o DIE LINKE – Sozialistische Linke, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin.

**Druck:** WIRmachenDRUCK GmbH, Mühlbachstraße 7, 71522 Backnang.

**Bilder:** Titelbild, S.6, S.22, S.27, S.33, S. 34, S. 39: Shutterstock; S. 5 und S. 13: Martin Heinlein (CC BY 2.0), S.9: DGB; S. 17: Fraktion DIE LINKE im Bundestag (CC BY 2.0); S. 3, S. 19, S. 41: 123RF; S. 28: Uwe Hiksich (CC BY-NC-SA 2.0); S. 21: Jonas Priester (CC BY-NC-ND 2.0)

ger Pfad. Wir machen uns eigene Gedanken. Als Richtschnur fungiert dabei immer, dass DIE LINKE eine populäre Politik machen sollte, die bei den „ganz normalen Leuten“ ankommt – der arbeitenden Klasse. Bei jenen also, unter denen unser Bundestagswahlergebnis besonders bescheiden war.

Alles verändert sich immerzu: Die Art und Weise, wie diese – kapitalistische – Gesellschaft arbeitet und Waren produziert. Die Art, wie Leute denken. Und auch unsere Partei verändert sich. Deswegen dokumentieren wir in dieser Broschüre ebenso den von der Bundesmitgliederversammlung der SL verabschiedeten Text für einen Neustart unserer Strömung. Das ist notwendiger denn je. Selbstkritisch müssen wir konstatieren: Dass DIE LINKE unter den Bevölkerungsgruppen, die wir für elementar halten, so schlecht bei der Bundestagswahl abgeschnitten hat, liegt nicht nur an den unserer Meinung nach falschen Strategien von anderen Teilen der Partei. Es liegt auch daran, dass wir als SL zu schwach und nicht gut genug

waren, um erfolgversprechendere Orientierungen durchzusetzen.

Du kannst helfen, dies zu ändern. Wenn Dir die Texte dieser Broschüre gefallen, werde Mitglied der SL! Das geht am einfachsten über unsere Homepage oder das Mitgliedsformular in dieser Broschüre. Wir glauben: nur wenn wir besser zusammenarbeiten und wenn DIE LINKE insgesamt lernt, besser sachlich zu streiten, wird es einen Ausweg aus der existenziellen Krise der Partei geben.

Wir wünschen Dir eine erkenntnisreiche Lektüre,

**Dein BundessprecherInnen-Rat  
der Sozialistischen Linken**

PS: Egal, ob Du Mitglied der SL bist oder nicht: schau Dir gerne mal auf unserer Homepage unsere Angebote der politischen Bildung an. Unter dem Titel „Marxismus Bascis online“ vermitteln wir marxistisches Grundwissen. Und in der Reihe wie „Was ist links?“ nähern wir uns konkreten politischen Fragestellungen.

<https://sozialistische-linke.de/>



Von der Bundesmitgliederversammlung der SL am 28. August 2021 verabschiedeter Leitantrag

## Neustart – Grundlegendiskussion und politische Initiativen der Sozialistischen Linken

Die Entwicklung Linken in Deutschland und international, der Partei DIE LINKE und der Sozialistischen Linken erfordert eine erneute Diskussion der politischen und strategischen Grundlagen der SL und neue organisierende Initiativen in der Partei. Veränderungen der politischen Bedingungen und Diskussionen in den letzten zehn bis 15 Jahren und die dabei deutlich gewordenen neuen Probleme und Spaltungslinien müssen aufgearbeitet werden. Wir brauchen eine klarere Profilierung der SL in Auseinandersetzung mit den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und in kritischer Auseinandersetzung mit anderen Tendenzen in der Linken.

Auf dieser Grundlage wollen wir verstärkt als Stimme der Vernunft mit politischen Orientierungen und organisierend in der Partei eingreifen, Ausstrahlung entwickeln und Kräfte sammeln, wirksam Einfluss nehmen für eine starke LINKE und die Stärkung der gesellschaftlichen Linken.

Wir wollen eine populäre, sozialistische, gewerkschaftlich und bündnisorientierte LINKE. Eine Partei, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, der Klasse der abhängig Arbeitenden und der sozial Benachteiligten, in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt:

- Gute Arbeit verbunden mit sozial-ökologischem Umbau zur Bewältigung der Klimakrise
- Sozialstaat und Demokratie schützen und ausbauen
- Frieden und internationale Solidarität und Zusammenarbeit

Dazu müssen die Kräfte des großen und international verflochtenen Kapitals zurückgedrängt, die sozialen und linken Kräfte gestärkt und geeint und perspektivisch der Kapitalismus durch einen neuen, demokratischen und ökologischen Sozialismus überwunden werden. Wir wollen DIE LINKE nicht auf bestimmte Milieus verengen, sondern mehr und stärker werden. Wir brauchen eine sozialistische Mas-

senpartei, die in der arbeitenden Klasse, den breiten Schichten des Volkes, in Stadt und Land, bei Jung und Alt, bei allen Geschlechtern, bei Einheimischen wie Eingewanderten verankert ist und politisch verbindend und vereinheitlichend wirkt, über kulturelle und Differenzen in einzelnen politischen Haltungen hinweg. DIE LINKE muss von den Menschen ausgehen wie sie sind, von ihren Lebensbedingungen, Bedürfnissen und Erfahrungen, ihrem Alltagsbewusstsein und der Sprache, die sie sprechen. Sie muss deren Widersprüchlichkeit anerkennen und daran ansetzen, um sie für sozialistische Veränderung zu gewinnen. Sie muss verständlich und offen, einladend und expansiv sein, bereit und fähig zum Gespräch, nicht abstoßend, abgrenzend und verschreckend.

Erstens: Wir werden eine neue Fassung der Grundlagenerklärung der Sozialistischen Linken erarbeiten. Sie soll das Profil der SL als klas-

senorientierte, polit-ökonomisch und wirtschaftspolitisch qualifizierte, marxistisch fundierte und strategisch orientierende sozialistische Strömung in der LINKEN erneuern und inhaltliche Impuls für die Diskussion der Partei geben. Wir haben da eine breite gemeinsame Basis, aber auch selbst ein Spektrum von Positionen. Wir haben aber auch die Bereitschaft und Fähigkeit und wollen damit auch Vorbild für die Partei sein, diese zu akzeptieren und solidarisch zu diskutieren.

Ausgangs- und Bezugspunkte sind dabei die für die SL grundlegenden Positionsbestimmungen (Links zu allen Dokumenten finden sich unter <https://sozialistische-linke.de/Neustart>):

- Gründungserklärung der SL von 2006 und Kurzfassung
- Beschluss der MV 2009 „Politische Grundorientierungen der Sozialistische Linke“.



- Beschluss der MV 2019 „Für eine populäre Linke des 21. Jahrhunderts“.
- Erfurter Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE von 2011: <https://www.die-linke.de/partei/programm/>

Zweitens: Um wirksamer in die Entwicklung und Mehrheitsbildungen in der Partei DIE LINKE eingreifen zu können, muss die Sozialistische Linke mit anderen zusammenarbeiten. Dazu schlagen wir die Bildung eines „Netzwerk populäre Linke“ vor, in dem weitere innerparteiliche Kräfte gesammelt werden, die in wesentlichen Fragen der Ausrichtung der Partei mit der SL übereinstimmen oder kooperieren, ohne sich ihr anschließen zu wollen. (...)

Darüber hinaus ist die SL offen für Gespräche und sucht ein konstruktives Verhältnis mit allen Tendenzen und Gruppen in der Partei, die sich für eine starke und plurale LINKE auf der Grundlage des Erfurter Grundsatzprogramms einsetzen.

Drittens: Die Sozialistische Linke muss sich in die Diskussionen nach

der Bundestagswahl aktiv einbringen. Der Bundessprecher:innenrat wird beauftragt, eine Stellungnahme der SL mit Vorschlägen für die weitere Ausrichtung der Partei zu erarbeiten und nach der Bundestagswahl vorzulegen.

Eine weitere wichtige Etappe ist die in 2022 anstehende Mitgliederabstimmung über die Haltung der Partei zur Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen. Hier wird die SL die bereits erstellte gemeinsame Broschüre „Bedingungsloses Grundeinkommen – keine gute Idee“ weitere Aktivitäten verbreiten und weitere Aktivitäten entwickeln, in Zusammenarbeit mit der AG Betrieb und Gewerkschaft, der AG Hartz IV und weiteren die BGE-Forderung ablehnenden Kräften, um eine Abstimmungsmehrheit gegen die BGE-Forderung sicherzustellen.

Die Sozialistische Linke wird ihre Aktivitäten zur Bildungsarbeit im Rahmen der Plattformen bzw. Reihen marxismus-basics.de und „Was ist links?“ verstärkt fortsetzen und mit den Diskussionen zum Neustart der SL verbinden.

*Stellungnahme des Bundessprecher:innen-Rates der Sozialistischen Linken zum Ausgang der Bundestagswahlen 2021*

# Bundestags-Wahlergebnis ist historische Zäsur – jetzt umsteuern!

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2021 ist für die Partei DIE LINKE katastrophal. Wir haben absolut rund 2 Millionen Wählerstimmen verloren und nur durch drei knapp errungene Direktmandate konnte ein Einzug in den Bundestag mit einer Fraktion erneut erreicht werden. DIE LINKE hat sich gegenüber 2017 flächendeckend in Ost wie West nahezu halbiert, gegenüber 2009 ist sie auf unter 40 Prozent ihrer damaligen Stimmen zurückgefallen. Dagegen konnte die SPD, die noch vor wenigen Monaten in Umfragen bei 15 bis 16 Prozent vor sich hindümpelte, sowohl die GRÜNEN als auch die Laschet-Union auf den letzten Metern abhängen und uns dabei noch über 600.000 Stimmen abnehmen

Sicher gab es eine Reihe von externen Faktoren und Konstellationen, die für DIE LINKE nicht günstig waren: Von der Fokussierung auf die Kanzlernachfolge und dem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Laschet und Scholz, bis hin zur Coro-

nakrise, bei der wir als Opposition wenig wahrnehmbar waren, weil der Umgang damit unsere Partei und Wählerschaft gespalten hat. Trotzdem sind wir weit unter unseren Möglichkeiten geblieben und müssen die Hauptgründe bei uns selbst und nicht in den Umständen suchen. Ein Weiter-So darf es organisatorisch, strukturell und strategisch nicht geben! Eines ist sicher: Als Reaktion auf den Wahlausgang brauchen wir gewiss kein neues Parteiprogramm.

## Regieren von Links geht nur, wenn die Verhältnisse dafür sprechen

Der Wahlkampf der LINKEN war über Monate durch die Aussage „CDU raus aus der Regierung“ (später dann „LINKE statt Lindner“) geprägt. Dies war einerseits richtig, denn nach 16 Jahren Stillstand unter Merkel war der Wunsch nach einem Regierungs- und Politikwechsel übermächtig.



## Wahlergebnis historische Zäsur – Jetzt umsteuern!

Gleichzeitig haben wir mit der Orientierung auf einen „Lagerwahlkampf“ die Illusion geschürt, dass „JETZT“ ein Politikwechsel mit SPD und GRÜNEN möglich sei. Dies trug dazu bei, dass viele, die uns nahestehen, am Ende aus taktischen Gründen SPD oder GRÜNE (oder aus Enttäuschung, dass wir uns diesen Parteien derart angedient haben gar nicht mehr oder sonstige Parteien) gewählt haben. Die Wahrheit ist: Weder SPD noch GRÜNE waren zu einer Koalition mit der LINKEN bereit, denn sie wollen Konflikte mit dem Kapital und anderen mächtigen Interessengruppen möglichst vermeiden. In einer Koalition mit der LINKEN hätten sie keine billige Ausrede mehr, weshalb sie die relativ progressiven Forderungen ihrer Wahlprogramme – Vermögensteuer und höherer Spitzensteuersatz, Bürgerversicherung, bessere soziale Regulierung der Arbeitsverhältnisse – „leider“ doch nicht umsetzen. Auch an der Politik der Konfrontation und Aufrüstung gegenüber Russland und China halten sie fest und wollen sogar weiterhin bei US-geführten Kriegen mitschießen können. Aus beiden Gründen haben sie die lächerliche Forderung an DIE LINKE nach einem „Bekennnis zur NATO“ zur Koalitionsfrage hochstilisiert. Vor diesem Hintergrund wäre eine offensivere Auseinandersetzung und Kritik mit SPD und GRÜNEN im

Wahlkampf nötig gewesen. Auch wer RGR will muss Gründe aufzeigen, warum DIE LINKE und eben nicht die anderen Parteien gewählt werden müssen.

„Rebellisches Regieren“ funktioniert nur, wenn es mehr Dynamik hierfür in der Gesellschaft gibt und wir offensiv öffentliche Unterstützung für unsere Positionen mobilisieren - auch in Abgrenzung von potenziellen Koalitionspartnern. Das fängt im Wahlkampf an, der eher handzahn geführt wurde und bei dem wir die Schnittmengen zwischen uns und SPD und GRÜNEN in den Vordergrund gestellt haben. Selbst da, wo es relativ leicht gewesen wäre zu punkten, hat DIE LINKE sich entweder nicht getraut oder keine guten Strategien angewandt: So hatte Olaf Scholz bereits im Wahlkampf durchsickern lassen, dass er zügig zur Schuldenbremse zurückkehren und zudem gar keine Vermögenssteuer wolle – warum haben wir das nicht stärker skandalisiert? Auch die Verwicklung von Olaf Scholz in verschiedene Finanzskandale (Cum Ex in Hamburg, Geldwäsche) hätten wir stärker zum Thema machen und mit unserer Aufklärungsarbeit in Sachen Lobbyismus und Korruption bei breiten Schichten der Bevölkerung punkten können. DIE LINKE hat auch zu wenig darum gekämpft, Gewerkschafter und Beschäftigte

## Wahlergebnis historische Zäsur – Jetzt umsteuern!

für sich zu gewinnen. Und statt ausgerechnet in der Friedenspolitik – einem Alleinstellungsmerkmal der LINKEN – weitreichende Kompromisse anzudeuten hätten wir von SPD und GRÜNE als Parteien, die den desaströsen Einsatz in Afghanistan begonnen und mitgetragen haben, offensiver einen Kurswechsel einfordern können und müssen. Von den auf <https://nie-wieder-krieg.org/> formulierten Positionen und Argumenten war im Wahlkampf entgegen eines ausdrücklichen mit breiter Mehrheit beschlossenen Parteitagsauftrags wenig zu bemerken.

### Eine Partei (nur noch) für Akademiker:innen?

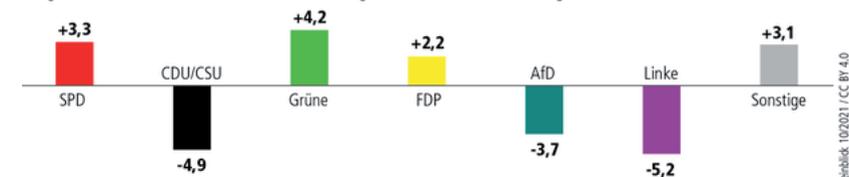
Einige Genoss:innen äußerten in den letzten Tagen verwundert, dass wir wohl doch nicht so viele Stammwähler:innen hätten wie angenommen. Wir sagen: wir hatten mal mehr Stammwähler:innen, haben diese aber verloren. Die Zahlen spre-

chen für sich: DIE LINKE hat besonders stark bei weniger Gebildeten, bei Erwerbstätigen und bei Rentner:innen sowie in der Fläche (v.a. in Ostdeutschland) verloren. Bei der Kerngruppe der Erwerbstätigen hat sie ihren Stimmenanteil gegenüber 2017 halbiert, gegenüber 2009 nahezu gedrittelt, und liegt unter fünf Prozent. Unter Gewerkschaftsmitgliedern hat sie sich ebenfalls fast halbiert gegenüber 2017 und liegt hinter FDP und AFD bei gerade mal 6,6 % Zuspruch. Für eine sozialistische Partei, die den Anspruch hat, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten, ist das ein Armutszeugnis. Ebenso sieht es bei der zahlenstarken Gruppe der Rentner:innen aus. Noch krasser stellt sich der Absturz dar, wenn die Bevölkerung ohne Hochschulberechtigung betrachtet wird: Hier liegt DIE LINKE mit um die drei Prozent auf dem Niveau einer Splitterpartei.

Die faktische politische Ausrichtung der LINKEN auf die

### Wahlergebnis Gewerkschafter\*innen 2017 und 2021

Vergleich Zweitstimmen von Gewerkschaftsmitgliedern\* bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 (in Prozent)



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenschaft)  
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-verdick 10/2021 / CC BY 4.0

### Gewerkschafter\*innen: SPD deutlich vor CDU

Anteil der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl (in Prozent)

■ SPD ■ CDU/CSU ■ Grüne ■ FDP ■ AfD ■ Linke ■ Sonstige



\*Alle Arbeitnehmerorganisationen (neben DGB-Gewerkschaften auch z. B. Beamtenden); \*\*vorläufiges Endergebnis, 27.09.2021  
Quelle: Der Bundeswahlleiter / Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim

© DGB-einblick 10/2021 / CC BY 4.0

Jüngeren und höher Gebildeten, die sich vor allem in Universitätsstädten konzentrieren, ist wahlpolitisch gescheitert. Selbstverständlich sind neue (junge) Mitglieder willkommen und wir freuen uns sehr darüber, dass die LINKE für viele junge Leute attraktiver geworden ist. Wir wollen uns gerne zusammen mit ihnen für eine starke und eigenständige LINKE einsetzen. Aber: Wenn über 60 Prozent der Wahlberechtigten und wahrscheinlich fast zwei Drittel der Wählenden über 50 Jahre alt sind, muss diesen Gruppen eine zentrale Aufmerksamkeit gelten.

Es kann auch keineswegs davon ausgegangen werden, dass wer in der Jugend mal links gewählt hat, dies später weiterhin tun wird. Die aktivistischen linken Milieus in den größeren Städten, in denen DIE LINKE sich stärker verankert hat, machen nur einen kleinen Teil der Bevölkerung aus und strahlen auch nur begrenzt aus. Zudem sind diese Gruppen wahlpolitisch höchst unzuverlässig, die höher Gebildeten und die Jüngeren

haben weitaus stärker sonstige Parteien als DIE LINKE gewählt. Auch bei den schulisch höher und akademisch Qualifizierten hat DIE LINKE um vier bis fünf Prozentpunkte verloren, auch bei den Unter-30-Jährigen hat DIE LINKE deutliche Verluste zu verzeichnen (hier sank unser Ergebnis von 11 auf 8 Prozent).

### Soziales Profil weiter schärfen, populär Politik machen

DIE LINKE hat zwar im Wahlkampf viele soziale Themen angesprochen. Trotzdem ist es der SPD durch Fokussierung auf wenige Forderungen (Mindestlohn von 12 Euro, Wohnungsbau) besser gelungen, möglichen Wähler:innen deutlich zu machen, für was sie steht und was sie konkret erreichen will. Ihre mögliche Achillesferse mangelnder Glaubwürdigkeit wurde von uns nicht angegangen. Dagegen ist unser Profil in den vergangenen Jahren zunehmend unscharf geworden. Für eine starke LINKE ist es nötig, dass die Partei

ihr Profil klärt und stets deutlich macht, dass sie eine konsequente Interessenvertretung der Arbeitenden und sozial benachteiligten Mehrheit der Bevölkerung ist. Dazu gehören selbstverständlich Menschen jeglichen Geschlechts und sexueller Orientierung und in zunehmendem Maße Menschen mit Migrationsgeschichte.

Es ist auch unumgänglich, dass unsere Partei neben der Sprache der Akademiker:innen auch wieder lernt die Sprache der Familien und Pausenecken, der Stammtische und Kneipentheken zu sprechen. Wir müssen so frei nach Schnauze reden und es akzeptieren, wie es die Menschen tun, für die wir Politik machen und deren Köpfe und Herzen wir ansprechen wollen. DIE LINKE muss verständlich und offen, einladend und expansiv sein, bereit und fähig zum Gespräch, nicht abstoßend, abgrenzend und verschreckend.

### Die Interessen der Mehrheit in den Mittelpunkt stellen

In den letzten Jahren haben sich problematische Entwicklungen verschärft fortgesetzt, die bereits das vergangene Jahrzehnt zunehmend geprägt haben. Zunehmend erscheint DIE LINKE vielen als eine politische Kraft, die vor allem Anlie-

gen kleiner linker und Bewegungsmilieus in größeren Städten und dabei einseitige und/oder überzogene Positionen vertritt. Eine Verankerung in den Lebenswelten der „einfachen Leute“, der Berufstätigen und Familien, der „Normalos“, die hauptsächlich andere Probleme und Aktivitäten haben als politische im engeren Sinne, gibt es immer weniger. Das entspricht in diesen Städten in zunehmendem Maße auch der Zusammensetzung und den Prioritäten der Aktiven. Viele v.a. der in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Mitglieder und Aktiven kommen aus studentischen oder „Szene“-Milieus und haben wenig Bezug zu Alltagsproblemen von breiten Schichten der Bevölkerung. Wir möchten diese neuen aber auch alle anderen Genoss:innen davon überzeugen, dass wir eine sozialistische Massenpartei brauchen, die in der arbeitenden Klasse, den breiten Schichten des Volkes, in Stadt und Land, bei Jung und Alt, bei allen Geschlechtern, bei Einheimischen wie Eingewanderten verankert ist. Um diesem Ziel näher zu kommen, muss DIE LINKE verbindend und vereinheitlichend wirken - über kulturelle und Differenzen in einzelnen politischen Haltungen hinweg. Wirklich verbindende Klassenpolitik bedeutet die Betonung der gemeinsamen Interessen im Sinne der Solidarität und gleichen Rechte und Chancen aller hier lebenden Menschen, der

ökologischen Nachhaltigkeit, des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Und gegen die alltäglichen Zumutungen und die Politik des Kapitals und der Superreichen, gegen Rassismus, Sexismus, Kriminalität und Gewalt. Das Aufeinandertürmen von Maximalforderungen aus allen Einzelgruppen und Bewegungen verbunden mit der Anforderung, alle müssten immer alle diese Positionen vertreten und wer dies nicht tut, darf nicht dabei sein, erschwert die Bildung breiter Bündnisse, starker Bewegungen und einer erfolgreichen LINKEN.

Wir sollten in Zukunft auf schädliche Versuche von „Klärungen“ bei inhaltlichen Fragen verzichten, über die es grundlegend unterschiedliche Auffassungen gibt und die zugleich realpolitisch überhaupt nicht zur Entscheidung anstehen (wie beim bedingungslosen Grundeinkommen oder der Frage von „offenen Grenzen für alle“ oder wie ein künftiges Verhältnis von Nationalstaaten und EU aussehen soll).

### **Für eine andere Parteikultur – Sektierertum bekämpfen**

Der Streit zwischen Partei- und Fraktionsführung in den vergangenen Jahren hat uns schwer

geschadet. Neue oder potenzielle Mitglieder werden regelrecht abgeschreckt von der Härte und Vehemenz, mit der bis in Ortsverbände hinein gestritten wird über Fragen, die mit ihrer Lebensrealität oft wenig zu tun haben.

DIE LINKE darf sich und erst recht ihre Wähler:innenschaft nicht auf aktivistische und radikale Kerne verengen, sondern muss möglichst viele „normale“ Menschen ansprechen und für Unterstützung und Mitarbeit gewinnen. Dazu braucht es auch populäre Persönlichkeiten, die in Talkshows ein Millionenpublikum erreichen und eine konstruktive Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte in unserer Partei.

Natürlich wird Politik nicht nur – nicht einmal in erster Linie – in Parlamenten oder Talkshows gemacht und natürlich ist und bleibt die LINKE Partner von vielen sozialen Bewegungen. Sie muss aber mehr sein als der verlängerte parlamentarische Arm dieser Bewegungen. Wir dürfen nicht nur die Aktiven repräsentieren, sondern auch die Passiven, vor allem die Frustrierten und Schweigenden. So richtig es ist, Menschen zu ermutigen, für ihre Interessen zu kämpfen – DIE LINKE muss eine Stimme auch für all diejenigen sein, die nicht für sich selbst kämpfen können oder wollen.

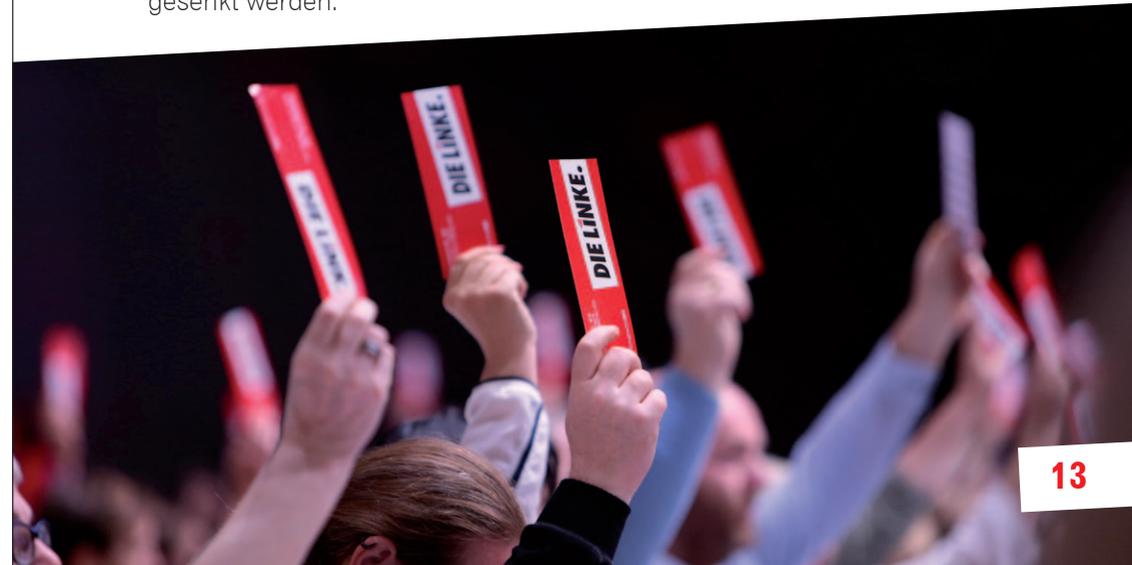
DIE LINKE muss eine Partei sein, in der auch Menschen aktiv sein und Funktionen und Mandate übernehmen können, deren Leben nicht primär aus politischer Aktivität besteht, sondern für die Arbeit, Familie oder auch andere Tätigkeiten wichtiger sind. Sie braucht eine Verankerung in und Verbindung zu all den Bereichen, in denen die Menschen tätig sind: Betriebe, Bildungseinrichtungen, Initiativen und Bewegungen, Verbänden, örtlichen Vereinen usw. Sie muss eine Parteikultur entwickeln, die neben inhaltlichen Debatten und „Sitzungssozialismus“ Aktionen durchführt, an denen sich viele beteiligen können und die auch Möglichkeiten für Geselligkeit bietet.

Um mehr Erwerbstätige als Mitglieder zu gewinnen, muss außerdem die Beitragstabelle überarbeitet bzw. die Mitgliedsbeiträge für Gering- und Normalverdiener gesenkt werden.

Wie kann es sein, dass am vergangenen Sonntag 320.000 Wähler:innen, die zuletzt uns ihre Stimme gegeben hatten, zuhause geblieben sind und gar nicht gewählt haben? Wir müssen dafür die Gründe in Erfahrung bringen.

Die Partei sollte deswegen eine unabhängige (!) Studie in Auftrag geben, die uns mehr über die Beweggründe der Menschen verrät, die sich von uns in den letzten Jahren seit 2009 oder 2013 abgewendet haben (als SL hatten wir vor anderthalb Jahren einen Antrag eines Genossens im Parteivorstand unterstützt, eine ähnliche Studie zu erstellen, was leider abgelehnt wurde).

Niemand darf für uns „verloren“ sein oder abgeschrieben werden. Um die Nicht-Wähler:innen müssen wir mindestens genauso kämpfen, wie um jede andere Gruppe.



### Persönlichkeiten zählen

70 Prozent der Wähler:innen sind nach Umfragen von Infratest di-

Jahre mit und um Sahra Wagenknecht viele Sympathisant:innen irritiert und uns schwer geschadet. Dabei sehen wir, dass Sahras Äußerungen und Publikationen zur Zuspitzung der Konflikte beigetragen haben und dass es eine Teilgruppe von Wähler:innen gibt, die deswegen DIE LINKE nicht gewählt haben. Dennoch gilt unseres Erachtens für die Gesamtbevölkerung, dass Sahra in einer herausgehobenen Position uns mit Sicher-

heit mehr Stimmen gebracht als sie uns auf der anderen Seite gekostet hätte.

2017 hat DIE LINKE mit Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch als Spitzenkandidaten das zweitbeste Wahlergebnis für DIE LINKE erzielt. Im Ranking der beliebtesten Politikerinnen Deutschlands bei Infratest Dimap landete Sahra Wagenknecht im Wahljahr 2017 regelmäßig unter den Top10. Zwei Jahre nach der Wahl, 2019, überholte sie sogar in einer Umfrage die Bundeskanzlerin und war die beliebteste Politikerin Deutschlands. Wenn wir immer wieder durch Angriffe auf sie auffallen, müssen wir uns nicht wundern, wenn die Popularität der Partei darunter leidet.

map am Wahltag der Ansicht, dass die LINKE „keine überzeugenden Führungspersonen mehr“ habe. Wir sollten dieses Urteil ohne gegenseitige Schuldzuweisungen zur Kenntnis nehmen und ehrlich zum Gegenstand der internen Aufarbeitung machen. DIE LINKE verfügt nur über wenige starke und bekannte Personen, es wurden auch keine aufgebaut. Janine Wissler hat sich im Wahlkampf und den Talkshows gut geschlagen und wichtige Punkte gesetzt. Die neuen Vorsitzenden waren bundesweit aber (noch) nicht sehr bekannt und waren bzw. wurden auf öffentliche Auftritte in Talkshows teilweise nicht genug vorbereitet. Umso mehr hat vor allem der öffentlich ausgetragene Konflikt der letzten

Obwohl sich die AfD 2017 als (vermeintliche) Protestpartei etablieren konnte, gelang es in diesem Jahr, insbesondere aus dem Nichtwählerspektrum (+270.000) und der SPD-Wählerschaft (+430.000) für DIE LINKE zu gewinnen. 2021 hat DIE LINKE über 600.000 Stimmen per Saldo an die SPD und 320.000 an die Nichtwähler ver-

loren. Auseinandersetzungen zwischen Personen und Parteiflügeln um den richtigen Kurs gibt es in nahezu jeder Partei. Doch diese müssen auf eine Weise geführt werden, die nicht ausgrenzt und spaltet und die auf persönliche Angriffe und Diffamierungen verzichtet. Wir setzen uns dafür ein, hier einen Neuanfang zu starten und ungeachtet politischer Differenzen in einzelnen Punkten respektvoll und konstruktiv zusammenzuarbeiten und dies vor allem auch öffentlich zu demonstrieren.

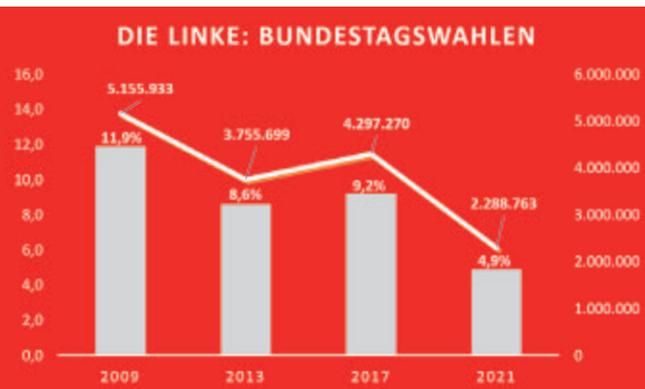
### Kompetenzverlust eindämmen

Warum hat DIE LINKE so schlecht abgeschnitten, obwohl soziale Gerechtigkeit und Sicherheit die Themen waren, die

bei der Bundestagswahl 2021 am Ende für die meisten Wähler:innen ausschlaggebend waren? Wie Umfragen belegen, wird uns auf diesen zentralen Feldern immer weniger Kompetenz zugeschrieben. Dagegen erreichte DIE LINKE 2017 mit Sahra Wagenknecht an der Spitze hohe Kompetenzwerte.

Wir haben nicht allzu viele Politiker:innen, die über hohe Fachkompetenz verfügen und damit auch öffentlichkeitswirksam punkten können. Dass Fabio De Masi nicht erneut für DIE LINKE antrat oder Sabine Zimmermann nicht mehr im Bundestag vertreten ist, sind herbe Verluste für DIE LINKE.

DIE LINKE muss dem Aufbau von Kompetenzen und der politischen



Bildung mehr Gewicht geben. Leistung muss sich lohnen – auch bei uns. Wenn DIE LINKE in der aktu-

## Wahlergebnis historische Zäsur – Jetzt umsteuern!

ellen Situation einen „Brain Drain“ vermeiden will, muss sie alles daransetzen, dass jene „Kader“, die über langjährige politische Erfahrung und/oder Fachwissen verfügen, bei uns eine Perspektive sehen.

Allzu oft werden Stellen in unseren „Apparaten“ bei Partei, Stiftung und Fraktion nicht nach Leistung und Kompetenz, sondern nach Zugehörigkeit zu entsprechenden „Seilschaften“ besetzt. Eine Ausgrenzung von Anhänger:innen marxistisch orientierter Strömungen wie der Sozialistischen Linken oder auch der KPF und die weitere Vernachlässigung politischer Bildungsangebote für Menschen ohne Hochschulabschluss kann sich die Partei und darf sich die RLS nicht länger leisten.

Wir brauchen mehr Wertschätzung auch für die ehrenamtliche Arbeit, die in Kreisverbänden, Parteigremien, aber auch Gewerkschaften, sozialen Bewegungen, Vereinen und Initiativen geleistet wird – all diese „Aktiven an der Basis“ müssen systematischer in die politische Willensbindung und demokratische Entscheidungsfindung der Partei einbezogen werden.

Parteitage sollten daher nicht von Mandatsträger:innen und bezahlten Mitarbeiter:innen aus Partei,

Fraktion oder Stiftung dominiert werden, wenn sich kollektive Vernunft durchsetzen soll - hier wie bei der Besetzung von Vorständen - muss über eine Quotierung zugunsten der ehrenamtlich tätigen Mitglieder nachgedacht werden.

### **Ohne Frieden ist alles nichts**

Ausgrenzung und diffamierende Angriffe haben sich in den letzten Jahren nicht nur gegen Sahra Wagenknecht gerichtet. Immer wieder gerieten auch Genoss:innen ins Visier, die in Fragen der Friedenspolitik konsequente Positionen vertreten, auf die Heuchelei des Westens in Fragen der Menschenrechte aufmerksam gemacht bzw. der öffentlichen Stimmungsmache gegen Länder wie Russland oder China etwas entgegengesetzt haben. Nicht alle müssen die Positionen von Alexander Neu, Andrej Hunko, Heike Hänsel, Diether Dehm u.a. teilen, aber es gehört zu einer solidarischen Parteilkultur, sich sachlich mit ihren Argumenten auseinanderzusetzen und diffamierende Angriffe und Begriffe (Putinfreunde, Verschwörungstheoretiker, Antisemiten, Coronaleugner, Rassisten, AFD-nah u.ä.) zurückzuweisen.

Dass einzelne Genoss:innen im Wahlkampf Signale gesendet ha-



ben, dass wir unsere im Parteiprogramm verankerten Positionen auch über Bord werfen können, um mit SPD und GRÜNEN eine Regierung bilden zu können, hat vermutlich nicht nur einige Stammwähler:innen verprellt.

Gerade in der Außenpolitik muss DIE LINKE selbstbewusst und offensiv auch Positionen vertreten, die gegen den Strom sind, sie muss medialen Gegenwind aushalten, der gerade in Zeiten, in denen sich Konflikte kriegerisch zuspitzen (können) besonders heftig weht.

Allerdings müssen wir auch selbstkritisch sein: vieles was für Menschen, die politisch in den 60er, 70er, 80er Jahren und auch später sozialisiert worden sind, außenpolitisches Grundwissen war, ist der Generation der unter 40 jährigen nicht mehr bekannt. Wir haben

seit der Parteigründung 2007 versäumt, hier systematisch Wissen zu vermitteln.

### **Fazit**

*„Hoffnung ist wie ein Pfad. Am Anfang existiert er noch nicht, er entsteht erst, wenn viele Menschen den gleichen Weg gehen.“ (Lu Xun)*

Im recht wahrscheinlichen Fall einer Ampelkoalition stehen die Chancen für DIE LINKE gut, Wähler:innen von SPD & Grünen zurückzugewinnen. Denn: Die kommenden Jahre werden von verschärften Verteilungsauseinandersetzungen geprägt sein. Die Steuerausfälle, die Kosten der Corona-Krise und der anstehenden beschleunigten Reduzierung der CO2-Freisetzung (Dekarbonisierung) werden immer wieder zwei Alternativen präsentieren: höhere Steuern (aber mit der FDP,

CDU und Scholz sicher nicht für Superreiche) oder Ausgabenkürzungen. Die Abschaffung oder grundlegende Einschränkung der schädlichen Schuldenbremse wird nämlich auch Zukunft keine Mehrheit haben. Leider. Für dringend nötige Investitionen in die soziale Infrastruktur (d.h. mehr Personal in Krankenhäusern & Pflege, Schulen & Kitas, bezahlbare Wohnungen, ÖPNV usw. usf.) wird kein oder viel zu wenig Geld (ggf. über Investitionsgesellschaften) da sein.

Ökologischer Umbau wird zu neuen sozialen Ausgrenzungen/Belastungen für die normalen Bürger:innen führen. Hier darf DIE LINKE die herrschende Politik nicht nur wegen ihrer ökologischen Unzulänglichkeit kritisieren (das auch), sondern muss vor allem die Anforderung der sozialen Gestaltung in den Vordergrund stellen – und ihre Eigenständigkeit betonen. Das bedeutet also: den Schutz oder angemessenen Ersatz für verloren gehende Arbeitsplätze und Ausgleich finanzieller Belastungen besonders für Menschen mit niedrigen Einkommen und mit unvermeidlichen Mehrausgaben in den Vordergrund stellen. Der Umbau darf nicht den Einzelnen aufgelastet oder dem Markt überlassen werden, sondern erfordert einen demokratisch gesteuerten Umbau von Produktion und Infrastrukturen. Dazu gehört

auch die Stärkung der Gewerkschaften und der Tarifverträge.

Gleichzeitig werden die Rentenversicherung sowie die Kranken- und die Pflegeversicherung zunehmende Aufwendungen erfordern, zumal als sozialer Sicht höhere Renten und bessere Leistungen der Pflegeversicherung erforderlich sind. Vor diesem Hintergrund ist eine erneute neoliberale Offensive für die Begrenzung und Privatisierung von Leistungen und Beitragsätzen sowie eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters zu erwarten. Diskussionen hierzu haben ja schon begonnen. Hier kann und muss sich DIE LINKE als konsequent soziale Kraft profilieren, die für Verbesserungen statt Abbau von Leistungen, die Einbeziehung aller in die gesetzlichen Sozialversicherungen und für gerechte Finanzierung eintritt. Sie muss dazu auch ihre Argumentationsfähigkeit bzw. die ihrer Mitglieder stärken.

Eine klare Gegenposition muss DIE LINKE zur Politik der Konfrontation und Aufrüstung einnehmen, die die USA und die EU gegen Russland und China betreiben. Stattdessen muss sie entschieden für Frieden und Entspannung, Abrüstung und internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der globalen Probleme (Klimawandel und Zerstörung von natürlichen

Lebensgrundlagen, Armut und Unterentwicklung, Kriege und Bürgerkriege, Vertreibung und Flucht) eintreten. Sie muss die Heuchelei und Doppelstandards der westlichen Politik angreifen, die von Menschenrechten redet, aber in Wirklichkeit wirtschaftliche und geopolitische Dominanzinteressen vertritt. Militärinterventionen müssen weiter konsequent abgelehnt werden. Es muss hier darum gehen, am Aufbau einer wieder starken Friedensbewegung mitzuwirken und politischen Druck für eine friedliche und solidarische Außenpolitik Deutschlands und der EU zu entwickeln.

Wenn wir uns jetzt nicht zerlegen und die richtigen Schwerpunkte setzen, werden wir wieder an Zuspruch gewinnen können. Was die lokale Verankerung betrifft, können und sollten wir von der erfolgreichen Wahlkreisarbeit von Sören

Pellmann, Gesine Lötzsch und Gregor Gysi lernen. Und von den Genoss:innen der KPÖ in Graz, die ihr Motto „helfen statt reden“ über viele Jahre vorgelebt und so die Stadtratswahl mit 29 Prozent gewonnen haben. Auch von unserer belgischen Schwesterpartei PTB können wir viel über klassenpolitische, populäre Ansätze lernen. Gleichzeitig werden wir diskutieren müssen, wie wir unsere Interessenvertretungs- und Reformpolitik im Kapitalismus und für eine sozial-ökologische Transformation überzeugender als bisher verbinden mit marxistisch fundierter Kapitalismuskritik und mit einer übergreifenden Erzählung. Der Erzählung vom Kampf für den Aufbau einer besseren, menschlichen, demokratisch-sozialistischen Gesellschaft, die die Ausbeutung von Mensch und Natur überwindet.

Beitrag von Ralf Krämer in *diefreiheitsliebe.de*

# Zur Krise der Linken und der Partei – was ist heute „links“?

Das Bundestagswahlergebnis vom 26. September 2021 und die anschließenden Diskussionen haben es überdeutlich gemacht: Die Partei DIE LINKE befindet sich einer schweren Krise. Die Hintergründe der Krise liegen aber tiefer und sie betreffen nicht nur die Partei, sondern auch die gesellschaftliche Linke insgesamt.[1] Zu betrachten sind hier zwei Dimensionen:

1. Die abnehmende Verankerung der linken Kräfte in der und ihre abnehmende Bedeutung für die gesellschaftliche Basis, für eine große Zahl von Menschen, und die Frage, was für Menschen das sind.

2. Und: Was will die Linke überhaupt, welche Ziele und Strategien verfolgt sie, wie ist ihr Profil, was ist heute „links“, und wieso und für wen sollte das relevant sein?

## Zur Krise der sozialen Verankerung der Linken und der Partei

Zu den beiden Punkten gibt es wesentliche Probleme und Klä-

rungerfordernisse, 1. zur Klasse: Die sozialistische Linke als gesellschaftliche Tendenz, in deren Tradition die Partei DIE LINKE steht, also nicht nur die Parteiströmung der Sozialistischen Linken (SL), hat ihre historischen Wurzeln in der Klasse und der Bewegung der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Lohnabhängigen, in der arbeitenden Bevölkerung im breiten Sinne also. Als ihre zentrale soziale Basis, als zu mobilisierenden Wähler:innen und als Subjekt sozialistischer Veränderungen, auch weil diese Klasse die Produzentin des gesellschaftlichen Reichtums ist.

Dass die Arbeiterklasse mit linken politischen Bewegungen und Organisationen verbunden ist, zumindest ein größerer Teil von ihr, ist zwar in ihrer sozialen Interessenlage begründet, aber trotzdem offenbar keineswegs automatisch gegeben. Wie und in welche Richtung Interessen artikuliert und Kämpfe geführt werden, solidarisch und gegen das Kapital oder gemeinsam mit Teilen der Herrschenden gegen andere Teile der eigenen Klasse, das ist umkämpft. Eine so-

zialistische Linke kann aber jedenfalls nur stark und erfolgreich sein, wenn sie große Teile der arbeitenden Klasse(n) auf Basis ihrer gemeinsamen, insbesondere sozialen Interessen für sich gewinnen und mobilisieren kann. (Wenn hier des Öfteren von „Klasse“ die Rede ist, meint das nicht, dass wir in der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Klassenbegriff um uns werfen sollten, sondern da ist insgesamt wichtig, verständlich und nicht durch die Wortwahl abschreckend zu sein.)

Also ist zu diskutieren, was ist die arbeitende und beherrschte Klasse, wer, welche Gruppen sind wie relevant, welche Interessen haben und artikulieren sie, in welchem Verhältnis stehen soziale und ökologische Interessen, soziale Interessen und die verschiedenen „Identitätsgruppen“?

Klar ist meines Erachtens nach, dass im Mittelpunkt weiter das Merkmal der Lohnabhängigkeit, der Charakter der Arbeitskraft als Ware steht. Die Arbeiterklasse ist heute vielfältig zusammengesetzt, umfasst schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr überwie-

gend Industriearbeiterschaft, sondern mehrheitlich Dienstleistungsbeschäftigte, Frauen wie Männer, und einen großen und weiter wachsenden Anteil mit Migrationshintergrund. Insgesamt ist die Klasse in vielerlei Hinsicht differenziert und mit fließenden Übergängen zu lohnabhängigen Mittelschichten. Auch abhängig arbeitende Solo-Selbstständige gehören dazu, obwohl sie formal nicht lohnabhängig sind. Die Gewerkschaften gelten als ein zentraler Partner und Bezugspunkt. Eine wichtige Rolle spielen dabei auch die Intellektuellen und progressive Teile der Mittelschichten.[2]

Zentral sind die gemeinsamen Interessen großer Teile der Klasse, die müssen vorrangig vertreten und Einheit in der Pluralität hergestellt werden, gegen gemeinsame Gegner. Dabei formieren sich die Klasse und ihre Interessen dominant im nationalstaatlichen Rahmen und dieser ist politisch zentral für DIE LINKE. Im Mittelpunkt stehen die sozialen Interessen der Lohnabhängigen und die reale Verbindung der LINKEN zur und Verankerung in





sich in den Funktionärssebenen der Partei auf Bundesebene in letzter Zeit durchgesetzt haben, letztlich die ganzen „traditionalistischen Linken“, sollen sich unterwerfen gegenüber diesen Kräften und ihrem meines Erachtens nach falschen Kurs. Oder sie sollen verschwinden. Das ist mehr oder minder explizit die Botschaft auch diverser Texte und Äußerungen in Auswertung der Bundestagswahl, die in Verkennung der Realität die Schuld für das schlechte Ergebnis einseitig Sahra Wagenknecht und anderen Genoss:innen aus diesem Spektrum der Partei zuschieben, auch wegen ihrer antiimperialistischen friedenspolitischen Positionen. Beides – Unterwerfung oder Verschwinden – wird nicht passieren. Auch die Hoffnung aus diesem Spektrum der Partei, nach der Bundestagswahl könnten sie auch in der Bundestagsfraktion durchziehen und die Kontrolle übernehmen, hat sich nicht erfüllt. Wer das durchsetzen will, wer auf Ausgrenzung oder Spaltung zielt, setzt den Bestand der LINKEN als relativ starke politische Kraft in Deutschland auf Spiel.

Es muss uns darum gehen, solche Spaltungen abzuwehren und das sozialistische Profil der LINKEN wieder zu stärken in einer Weise, dass gemeinsame Kernanliegen im Mittelpunkt stehen und die Breite und Pluralität der Partei ge-

wahrt werden kann. Das erfordert ein vernünftiges und konstruktives Verhalten von allen Seiten. Gewerkschafterinnen, Ökobewegte, Frauenbewegte, Queers, Aktive in der Geflüchteten-solidarität, gegen Nazis, in der Erwerbslosenbewegung, Friedensbewegte, Hennig-Wellsow und Wissler und Wagenknecht – sie alle gehören in die LINKE und müssen sich gegenseitig akzeptieren und aushalten. Wir müssen damit leben können, dass bei Übereinstimmung in Grundsätzen in umstrittenen Fragen unterschiedliche Positionen vertreten werden. Es käme darauf an, die Kontroversen in zivilisierten und konstruktiven Formen auszutragen und auch in die jeweiligen Milieus außerhalb der Partei entsprechend einzuwirken, statt sich gegenseitig zu Gegnern hochzuschaukeln. Ohne eine Kultur des gegenseitigen Respekts, des Verzichts auf persönliche Dif-famierungen und Ausgrenzungsversuche kann es keine starke LINKE geben.

### Was ist heute „links“?

Letztlich ist die zentrale Frage: Was ist links, was sind heute in der Sache linke und sozialistische Positionen? Das ist nicht nur in der Partei, sondern auch in der gesellschaftlichen Linken umstritten. Hier meine Sicht:

Feminismus, Genderpolitik, Antirassismus, Solidarität mit Flüchtlingen: Ja klar, das sind wichtige linke Anliegen. Sie richten sich gegen gesellschaftlich bedingte Ungleichheiten, Benachteiligungen und Herrschaftsverhältnisse. Oder auf den Schutz und ein menschenwürdiges Leben bedrohter Menschen, sei es im Mittelmeer, in der Flüchtlingsunterkunft oder in den Herkunftsregionen. Das Eintreten für gleiche Rechte und Chancen aller Menschen, die dauerhaft in einem Land leben, ist ein linkes Anliegen. Aber die Forderungen dazu sollten auch nicht überziehen und spalten, nicht pauschal gegen andere Bevölkerungsgruppen gerichtet werden, gemeinsame Interessen in den Mittelpunkt stellen.

Klimapolitik, ökologische Transformation: Ja, klar, das sind wichtige linke Anliegen, es geht um das gute Leben und Überleben der Menschen. Aber es geht uns als Linke dabei um ein soziales und ökonomisches Umbauprojekt, mit den Beschäftigten und den sozial Benachteiligten, nicht um schlichtes Schrumpfen, Dichtmachen, Verbieten, individuelle Einschränkungen. Es stimmt, dass die sozial Benachteiligten auch unter den ökologischen Problemen am meisten leiden, aber oft leiden sie eben auch am meisten unter den Folgen von ökologischer Politik,

wenn ihre Jobs verloren gehen und sie sich vieles nicht mehr leisten können. DIE LINKE muss sich vor allem profilieren, indem sie die sozialen Interessen im ökologischen Umbau zur Geltung bringt, nicht indem sie versucht, immer die radikalsten Forderungen aus der Ökobewegung auf ihre Fahnen zu schreiben. Letzteres verhindert nicht, dass die meisten, denen das besonders wichtig ist, trotzdem Grüne wählen, schadet der LINKEN aber bei anderen Gruppen.

Antifaschismus, gegen Rechts, gegen Nationalismus: Ja, sicherlich, das sind wichtige linke Kämpfe. Aber auch hier gibt es Übertreibungen, die schädlich sind: etwa wenn alle möglichen Leute, die das nicht sind, etwa die Mehrheit der „Querdenker“, als Nazis beschimpft werden. Oder wenn überall, wo auch einige Rechte auftauchen und versuchen, Einfluss zu gewinnen, und die Linken dann nicht gleich weglaufen, sondern sinnvollerweise den Kampf um die Hegemonie aufnehmen, „Querfront“ gewittert und Linke diffamiert werden, wie teilweise in der Friedensbewegung. Oder wenn statt Anti-Nationalismus ein Antinationalismus betrieben wird. Da wird dann geleugnet, und das Aussprechen dieser simplen Wahrheit eventuell sogar als „rechts“ bezeichnet, dass auch weiterhin die nationalstaatliche Ebene politisch zentral ist und

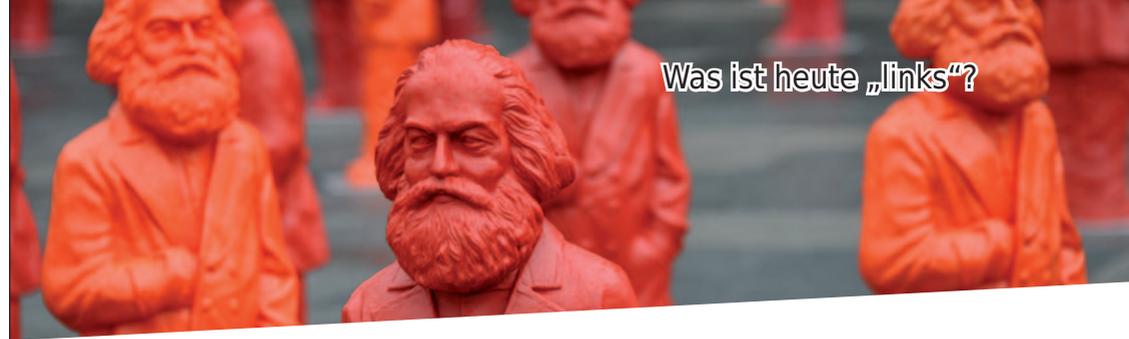
insbesondere nur maximal auf dieser Ebene bisher Demokratie und Sozialstaat funktionsfähig organisiert werden können.

Europäische Zusammenarbeit und Internationalismus: Ja, selbstverständlich sind das zentrale linke Anliegen. Aber das ist etwas anderes als Glorifizierung der bestehenden EU, sondern die ist weiterhin wie im Grundsatzprogramm als neoliberal, undemokratisch und zunehmend militaristisch zu kritisieren, sie muss grundlegend umgebaut werden. Zudem ist Europa größer als die EU, auch Russland gehört dazu. Linker Internationalismus bedeutet nicht, die Aufhebung aller Grenzen zu fordern oder unbeschränkte Migration als Lösung globaler Probleme zu betrachten. Und es bedeutet auch nicht, sich auf die falsche Erzählung einer angeblichen zentralen Frontstellung von „Demokratie und Freiheit“ einerseits (die westlichen Staaten) versus „Autoritarismus“ andererseits (China, Russland und andere) einzulassen. Linker Internationalismus beruht auf einer kritischen Analyse der realen internationalen Herrschafts- und Konfliktverhältnisse, muss daher weiterhin im Kern für Antiimperialismus und Antimilitarismus eintreten, Einsatz für Frieden, Entspannung und Abrüstung fordern und für internationale Zusammenarbeit zur Lösung globaler Probleme

und zur Entwicklung der ärmeren Länder der Erde eintreten.

Auch in der Corona-Politik stellt sich die Frage, was hier linke Politik ist. Einerseits ist Gesundheitsschutz insbesondere auch für die verwundbaren Gruppen ein zentrales Ziel, aber auch der Schutz individueller und demokratischer Freiheiten und die Abwägung der negativen Wirkungen von Eindämmungsmaßnahmen sind nötig. Verhältnismäßigkeit bleibt ein wichtiges Kriterium und kontroverse Diskussion muss ungehindert möglich sein. Die konkreten Fragen sind neu und schon deshalb gibt es unterschiedliche Auffassungen und Prioritäten dazu auch unter Linken. DIE LINKE darf hier keine besonders radikalen Positionen einnehmen, sie darf sich und die Gesellschaft an dieser Frage nicht spalten lassen.

Der wichtigste Kern von „links“ und entscheidend für die Unterstützung linker Politik durch die arbeitende und abhängige Bevölkerung ist weiterhin der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit, gegen kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft im eigenen Land. Und die im eigenen Land formierten Klassen und sozialen Bewegungen und die von ihnen beeinflussten Staaten sollen solidarisch sein mit denen in anderen Ländern und global. Dabei dürfen wir aber nicht



alle Länder über einen – unseren – Kamm scheren, sondern müssen eigenständige Entwicklung ermöglichen und schützen. Die Völker können nicht von außen zwangsbeglückt werden, sondern können sich nur selbst befreien.

Linke Politik sollte von den Realitäten ausgehen, international, sozial, politisch, kulturell, vom Bewusstseinsstand der Menschen, nicht nur Wunschvorstellungen formulieren. Es geht um Lösungsmöglichkeiten, um das, was bei einer bestimmten Politik und Entwicklung wahrscheinlich tatsächlich herauskommt, statt nur um Moral und Haltung. Grundlage muss daher eine realistische Analyse sein, eine materialistische und dialektische Sicht auf die Welt. Der Marxismus bietet dafür die beste Grundlage, muss aber selbstverständlich immer aktuell auf die heutigen Verhältnisse angewendet werden, empirisch fundiert, es geht nicht um das Herunterbeten zeitloser Weisheiten. Damit eine linke Partei das leisten kann, ist ständige Bildungsarbeit zu Grundlagen notwendig und zu historischen Entwicklungen, von denen vor allem Jüngere oft gar

nichts wissen – in der Schule lernt man das leider nicht. Das betrifft insbesondere auch die Geschichte des Kapitalismus und Imperialismus, seiner Krisen, Verwüstungen und Kriege, in Deutschland und im Weltmaßstab.

DIE LINKE braucht als sozialistische Partei eine sinnvolle Vorstellung, was ihre Zielperspektive „demokratischer Sozialismus“ bedeuten soll und wieso das wichtig ist. Es geht dabei nicht um eine abstrakte Heilsvorstellung, in die alle möglichen Wünsche projiziert werden, sondern im Kern um eine realistische Konzeption zur Überwindung des Kapitalismus, der Vorherrschaft kapitalistischen Eigentums, Interessen und daran orientierter Politik. Dazu steht viel Richtiges im Erfurter Grundsatzprogramm, allerdings scheint das kaum jemand zu kennen. Und es muss überzeugender mit den heutigen Problemen und Diskussionen verbunden werden, konkrete Kapitalismuskritik muss dafür auch in der alltäglichen Öffentlichkeitsarbeit eingebracht werden. Und es geht um die Verbindung mit Reformalternativen, fokussiert auf die sozialökonomischen Fragen, mit sozialistischer Politik für die Gegenwart und

die nächste Zeit. Diese muss daraus gerichtet sein, reale Verbesserungen für die Leute durchzusetzen und so politische Unterstützung zu mobilisieren. Notwendig sind populäre Botschaften und Forderungen, damit sie bei möglichst vielen Menschen ankommen und verstanden und mit der LINKEN verbunden werden und ein attraktives positives Profil oder Bild ergeben, was DIE LINKE will und was ihre „Erzählung“ ist.

### Breit angelegte Bündnispolitik

DIE LINKE braucht eine breit angelegte und in verschiedene Richtungen ausgreifende Bündnispolitik, Verbindungen und Verankerung in progressiven und sozialen Bewegungen und Organisationen, populären Kulturen und Milieus. Dabei geht es nicht darum, vor allem bei besonders radikalen oder aktivistischen Gruppen verankert zu sein oder immer die weitestge-

henden Forderungen zu propagieren. Noch wichtiger sind Massenorganisationen und -bewegungen wie die Gewerkschaften oder Sozialverbände, örtliche Initiativen und Vereine, Medien und Kultur, Bildungseinrichtungen und am wichtigsten die Betriebe und Verwaltungen, das Erwerbsleben.

Hier müssen Linke in der Lage sein, verständlich und offen mit den Menschen zu sprechen, einladend und expansiv sein, nicht abstoßend, abgrenzend und verschreckend. Wir müssen gerade auch mit den Menschen sprechen, die nicht sowieso schon links sind, oder die gar nicht wissen, dass DIE LINKE die richtige Adresse für ihre Interessen ist. Wir dürfen sie nicht ablehnen, wenn sie im Einzelnen problematische Äußerungen machen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Wer gegen die herrschende Politik und gegen „die da oben“ und nicht



klar rechts ist, ist für uns zumindest ansprechbar.

Abschließend noch eine Bemerkung zur 2018 gegründeten Bewegung „aufstehen“, die im Kern traditionell soziale und linke Forderungen formuliert hat: Da sind sicher Fehler gemacht worden und ist vieles schief gelaufen. Es wäre meines Erachtens nach eine Klärung und Kommunikation vorab wichtig gewesen, was die strategische Orientierung ist, dass es nicht um eine neue Partei gehen sollte, und in DIE LINKE hinein auch, welche Chancen damit für die Partei verbunden waren. „aufstehen“ hätte eine Chance bieten können und hat das ein Stück weit auch erreicht, viele Menschen wieder oder neu für soziale und linke Politik zu mobilisieren, die von den Parteien aktuell nicht erreicht werden. DIE LINKE hätte sich daher zu „aufstehen“ positiv und konstruktiv verhalten sollen und damit auch eine Möglichkeit nutzen, viele dort aktive Menschen neu oder wieder für die Partei zu gewinnen.

Denn es war doch absehbar, dass SPD und Grüne sich ablehnend verhalten würden und nur DIE LINKE

eine parlamentarische Vertretung zentraler Forderungen darstellen würde. Stattdessen hat die Parteiführung sich schroff ablehnend geäußert und deutlich gemacht, dass sie die Menschen, die sich bei „aufstehen“ engagierten, nicht haben wollte. Klar hätte das auch die innerparteilichen Verhältnisse verändert, mehr Berücksichtigung dort vertretener Positionen erfordert.

Das ist aber nichts anderes, als es im Verhältnis zu anderen Bewegungen und Organisationen, die teils ja auch aus oder von der Partei aktiv gefördert werden, etwa „Aufstehen gegen Rassismus“ oder das Institut Solidarische Moderne (ISM), auch der Fall ist. Der Kern der heftigen Anti-Haltung der Parteiführung zu „aufstehen“ war, sie wollte diese Menschen und ihre Positionen nicht in der LINKEN, wollte die Partei lieber weiter verengen. Auch dafür ist das Wahlergebnis eine Quittung.

**Ralf Krämer** ist Mitglied des Bundessprecher:innenrates der Sozialistischen Linken (SL). Er arbeitet als Gewerkschaftssekretär in Berlin.

[1] Der Text beruht auf Aufzeichnungen für das Referat auf der Mitgliederversammlung der Sozialistischen Linken (SL) am 28. August 2021, mit einigen Ergänzungen aus der Diskussion und zu den Entwicklungen seit der Bundestagswahl sowie einem Abschnitt zu Bündnisorientierung und „Aufstehen“, ohne die Passagen zur SL selbst, dazu vgl. den Beschluss der Mitgliederversammlung.

[2] Vgl. dazu <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/3393.die-lassenland-schaft-in-deutschland-2018.html>

*Diskussionsbeitrag des Bundessprecher:innenrates der Sozialistischen Linken vom 30. Dezember 2020*

## Zum Umgang mit der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen

Als Bundessprecher:innenrat der Sozialistischen Linken – eine gewerkschaftlich orientierte Strömung in der Partei DIE LINKE – blicken wir kritisch auf den Umgang der politischen Linken mit der Corona-Pandemie. Wir möchten mit dieser Stellungnahme zu Nachdenklichkeit, Diskussionskultur und Differenzierungswillen sowie zu mehr Eigenständigkeit und proaktivem Verhalten anregen.

**1.)** Wir gehen davon aus, dass die Covid-19-Pandemie gefährlich ist, erheblich gefährlicher als eine saisonale Grippe. Dies gilt vor allem für die bekannten Risikogruppen, die einen erheblichen Anteil der Bevölkerung ausmachen. Es kommt darauf, die Zahl der schweren Verläufe und insbesondere der Todesfälle so gering wie möglich zu halten und eine Überlastung des Gesundheitswesens zu vermeiden. Daher halten wir die AHA+L-Regeln (Abstand, Hygiene, Alltagsmasken und Lüften) und weitere Maßnahmen zur Eindämmung der

Pandemie für grundsätzlich notwendig, begründet und vertretbar. Diese Grundposition wird von den meisten Staaten und verantwortlichen politischen Kräften unterschiedlichster Ausrichtung und in allen Teilen der Erde so gesehen. Glücklicherweise verläuft die Covid-19-Infektion in den meisten Fällen eher milde, wobei auch diese Infizierten zur Verbreitung des Virus beitragen und man über Spätfolgen noch zu wenig weiß. Zugleich sind auch die gesundheitlichen, psychischen, sozialen und ökonomischen Schäden der Eindämmungsmaßnahmen zu beachten. Es sind also immer Abwägungen erforderlich und manche Maßnahmen sind durchaus widersprüchlich und zu hinterfragen.

**2.)** Auch innerhalb des Bundessprecher:innenrates der Sozialistischen Linken gibt es unterschiedliche Auffassungen zu den Corona-Maßnahmen und auch dieser Diskussionsbeitrag wird nicht von allen getragen. Gemeinsam gehen wir



davon aus, dass das Virus natürlich entstanden ist und nicht von Menschen, Geheimdiensten oder Unternehmen absichtlich geschaffen und freigesetzt wurde. Wir halten es für ausgeschlossen, dass die Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung einzig die Umsetzung von Plänen kleiner Gruppen sind, die auf diese Weise ihre Ziele durchsetzen und die Demokratie aushebeln wollen, und weisen entsprechende Verschwörungserzählungen zurück. Es ist allerdings unbestreitbar so, dass die Pandemie von verschiedenen Gruppen und Organisationen genutzt wird, um ihre Ziele und Interessen voranzubringen oder daraus Profitmöglichkeiten zu entwickeln, etwa von Pharmakonzernen. Unter den aktuellen Machtverhältnissen trägt die Pandemie zu mehr Armut und Arbeitslosigkeit bei, zu einer weiteren Konzentration von Reichtum und Macht bei großen Konzernen

insbesondere der Digitalwirtschaft und bei großen Finanzfonds und ihren Eigentümer:innen sowie zur Stärkung der staatlichen Exekutive gegenüber den Parlamenten.

Insbesondere wird die Pandemie auch genutzt, um die Instrumente und rechtlichen Spielräume für eine Kontrolle, Zensur und Manipulation der Kommunikation und des Internet (etwa durch Löschung von YouTube-Kanälen oder bei der Google-Suche) sowie der Mobilität und des Verhaltens von Individuen und von Organisation zu erweitern, die von staatlichen Stellen, aber auch von privaten Konzernen und von Geheimdiensten verwendet werden können.[1] Linke müssen wachsam sein gegenüber allen Einschränkungen von Meinungs- und Medienfreiheit, individueller Selbstbestimmung, Bürgerrechten und Demokratie und ihnen entschieden entgegentreten, sofern sie keine ausreichende Begrün-

## Zum Umgang mit der Bewegung gegen Corona-Maßnahmen

dung haben, über das Ziel hinauschießen oder nicht befristet sind.

**3.)** Der Umgang mit der Pandemie, die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und die Maßnahmen zur Kompensation ihrer sozialen, ökonomischen und anderen Folgen müssen offen und auch kontrovers öffentlich sowie in den Medien diskutiert und politisch entschieden werden. Wenn immer zeitlich möglich, müssen die Parlamente, nicht die Exekutive entscheiden. In jedem Fall muss eine parlamentarische Kontrolle der Maßnahmen und ihrer Konsequenzen auf allen Ebenen garantiert sein. Dabei sind auch sachlich und auf Fakten, Beobachtungen und Einschätzungen gestützte Auffassungen zu berücksichtigen und nicht auszugrenzen, die Minderheitenpositionen vertreten und die herrschende Politik kritisieren. Solche Positionen gibt es auch in der Wissenschaft und unter Ärzt:innen und sie sind in der Gesellschaft erheblich verbreitet, in manchen Gegenden und Bevölkerungsteilen besonders stark. Wir verstehen auch, dass besonders Menschen aus Risikogruppen oder Beschäftigte im Gesundheitswesen kein Verständnis für Positionen und Verhalten haben, das sie als Verharmlosung der Pandemie und Missachtung ihrer Probleme verstehen. Trotzdem sollten alle Seiten die Auseinandersetzung mit abweichenden Auffassungen mit sachli-

chen und möglichst wissenschaftlich fundierten Argumenten führen.

Die Medien stehen hierbei in der Verantwortung die Corona-Maßnahmen kritisch zu begleiten und Debatten darüber zu gewährleisten. Zensur und andere administrative Unterdrückung abweichender Auffassungen sowie Verfälschungen, Diffamierungen und persönliche Abwertungen („Covidioten“ o.ä., aber auch „Schlafschafe“ o.ä.) lehnen wir ab. Damit schwächt man die eigene Anforderung zu sachlicher und faktenbasierter Diskussion, verliert noch mehr den Zugang zu Andersdenkenden und Skeptischen und treibt die überzogene und mit gegenseitigen Diffamierungen immer mehr vertiefte Spaltung der Bevölkerung an diesen Fragen selbst mit voran. Zudem besteht bei jeglicher Einschränkung von Meinungsfreiheit und Ausweitung der Möglichkeiten von Zensur und Ausgrenzung missliebiger Positionen aus der öffentlichen Debatte die Gefahr oder sogar die Wahrscheinlichkeit, dass diese Möglichkeiten bei anderen Gelegenheiten umso schärfer gegen Linke, Friedensbewegung, Gewerkschaften, Bewegungen gegen Rassismus, für Bürgerrechte usw. eingesetzt werden, wenn diese ernsthaft die herrschende Politik stören und ihr irgendwie im Wege stehen sollten.

**4.)** Es ist legitim, mit friedlichen Demonstrationen und anderen Ak-

## Zum Umgang mit der Bewegung gegen Corona-Maßnahmen

tionen gegen die Pandemie-Politik der Bundesregierung und der Landesregierungen zu protestieren. Auch an diese Aktionen sind die genannten Anforderungen einer sachlichen, seriösen und zivilisierten Auseinandersetzung zu richten. Beleidigungen sowie die Androhung oder Anwendung von Gewalt sind inakzeptabel, ihnen ist mit Argumenten und nötigenfalls mit den Mitteln des Rechtsstaates entgegenzutreten. Wir fordern eine klare Abgrenzung gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, faschistischen Ideologien und Organisationen. Wir halten eine pauschale Ablehnung der Maßnahmen oder gar Leugnung der Gefährlichkeit der Pandemie für falsch. Wir lehnen die „Querdenken“-Bewegung und ihre Demonstrationen ab und sehen überwiegend falsche Auffassungen und problematische Haltungen, die die Ablehnung persönlicher Einschränkungen über den Schutz der Gesundheit aller stellen. Insoweit bieten sich Anockpunkte für rechte Kräfte. Das

gilt nicht für Proteste besonders betroffener Gruppen gegen bestimmte umstrittene Maßnahmen oder für bessere soziale und ökonomische Kompensationsmaßnahmen, für einen Schutz demokratischer Rechte oder für notwendige bessere Schutzmaßnahmen für Beschäftigte oder Risikogruppen. Daran sollten sich DIE LINKE nach Prüfung der Forderungen ggf. auch beteiligen und sie aktiv unterstützen oder sogar sie selbst organisieren. Es ist allerdings jeweils zu prüfen, ob und in welcher Form angesichts der hohen Zahlen an Infizierten und Erkrankten und auch schwer Erkrankten und Todesfälle Demonstrationen überhaupt vertretbar sind.

Wir akzeptieren aber, dass es Menschen und auch Genoss:innen gibt, die aufgrund ihrer persönlichen Sicht oder Betroffenheit von der Lage zu einer anderen Haltung kommen - auch wenn dies für viele Genoss:innen, insbesondere wenn sie zu Risikogruppen gehören



## Zum Umgang mit der Bewegung gegen Corona-Maßnahmen

oder im Gesundheitswesen tätig sind, angesichts der akuten Pandemielage schwer fällt. Die Frage, ob eine Person als links oder nicht-links zu betrachten bzw. anzuerkennen ist, kann nicht an ihrer Haltung zum Umgang mit der Corona-Pandemie festgemacht werden. Auch in der LINKEN werden zu dieser Frage - wie zu vielen anderen Fragen - unterschiedliche Positionen vertreten, von der Forderung schärferer Maßnahmen bis zur Ablehnung der beschlossenen Maßnahmen, aus unterschiedlichen Gründen.

**5.)** Die Bewegung, die sich unter dem Namen „Querdenken“ entwickelt hat, vertritt Positionen und Forderungen, die wir für falsch halten, und sie grenzt sich unzureichend gegen Aktivitäten und Beteiligung von Rechtsextremen und Reichsbürgern bis hin zu Nazis ab. Es ist verfehlt, die Corona-Maßnahmen

mit Diktatur gleichzusetzen, und es ist eine inakzeptable Verharmlosung von Faschismus, die Änderung des Infektionsschutzgesetzes als „Ermächtigungsgesetz“ zu bezeichnen oder gar einen beginnenden Corona-Faschismus zu beschwören und sich selbst als Widerstandskämpfer:innen dagegen zu betrachten. Wenngleich es von Personen aus dem Kreis der Organisator:innen Kontakte in rechtsextreme Kreise gibt, können sie insgesamt selbst nicht als Rechtsextreme betrachtet werden. Die Lage und die Personen stellen sich auch von Ort zu Ort unterschiedlich dar. Die Teilnehmer:innen an den großen Demos von „Querdenken“ sind ganz überwiegend keine Rechtsextremen. Viele von ihnen haben bisher CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne oder LINKE gewählt - auch Mitglieder aller dieser Parteien sind darunter. Viele haben anscheinend

## Zum Umgang mit der Bewegung gegen Corona-Maßnahmen

dubiose Auffassungen und erzählen schräges Zeug, andere scheinen aber auch recht vernünftig. Nur ein Teil von ihnen kann als bewusst „rechts-offen“ beschrieben werden. Die Mehrzahl sind lediglich keine Linken oder haben weniger strenge Kriterien in Bezug auf die Abgrenzung gegen Rechts oder sie halten – auch aufgrund ihrer eigenen Wahrnehmung – die Rechtsextremen für einen nur sehr kleinen Teil der Bewegung. Einen Teil kann man auf Grund ihrer Werte und Einstellungen eher als „links-offen“ bezeichnen. [2] Es zeigt sich eine Schwäche linker Deutungsangebote.

Es haben aber auch Reichsbürger, Nazis und andere Rechtsextreme zu dem Demos oder zu parallel stattfindenden eigenen Veranstaltungen mobilisiert und in erheblicher Zahl daran teilgenommen. Sie versuchen offenbar diese Bewegung zu nutzen und zunehmenden Einfluss in ihr zu gewinnen. Das aus Sicht der Teilnehmenden pauschal diffamierende Verhalten der Obrigkeiten, der Medien und der anderen politischen Kräfte spielt ihnen dabei in die Hände. Es ist weder realistisch zu behaupten, das seien nur „ganz normale Leute“, noch es seien nur oder ganz überwiegend Nazis, andere Rechtsextreme oder Verschwörungserzähler. Für eine seriöse und realistische Einschätzung der Bewegung und der Aktivitäten ge-

gen die Corona-Maßnahmen ist es erforderlich, sich möglichst objektiv und aus verschiedenen Perspektiven zu informieren, Material zu sichten und Einschätzungen zu diskutieren. Sinnvoll wären weitere und repräsentativ angelegte wissenschaftliche Feldforschungen.

**6.)** Es ist problematisch, wenn bei Demonstrationen Hygieneauflagen nicht beachtet werden, keine Masken getragen und Abstände nicht eingehalten werden. Polizeiliches Vorgehen dagegen muss sich aber wie auch in anderen Fällen an Maßstäben der Verhältnismäßigkeit orientieren. Allerdings: Die von Demonstrationen im Freien ausgehenden Infektionsrisiken sind anscheinend begrenzt, bisher ist nicht bekannt geworden, dass sie als Superspreader-Event gewirkt hätten. Die überwiegende Mehrheit nimmt bislang friedlich ihr Demonstrationsrecht wahr. Gewalttätige Aktivitäten, Angriffe gegen Medienvertreter:innen und Auseinandersetzungen mit der Polizei gehen von Minderheiten aus, von Nazis, Reichsbürgern, rechten Hooligans usw., für die nicht die gesamte Demonstration in Haftung genommen werden kann. Es ist auch wichtig und zu beachten, dass parallel zu den großen „Querdenken“-Demos jeweils etliche gesondert angemeldete Demos und nicht angemeldete Aktionen unter ande-



## Zum Umgang mit der Bewegung gegen Corona-Maßnahmen

rem von Reichbürgern und Nazis stattfanden - dort wurden auch die entsprechenden Symbole und Fahnen gezeigt und von dort ging auch der „Sturm“ auf die Reichstagstreppe am 29.08.2020 aus. Es ist nicht angemessen, die Masse der Teilnehmer:innen der Demos mit diesen in einen Topf zu werfen.

Auch die Äußerungen Einzelner in sozialen Netzwerken oder Drohungen können nicht der gesamten Bewegung zugerechnet werden. Zumal hier wie bei Aktionen auf der Straße nicht ausgeschlossen werden kann, dass staatliche Dienste oder andere Provokateure aktiv sind, die die Bewegung so in Misskredit bringen sollen, so wie das ja auch nachweislich gegenüber manchen linken Demonstrationen passiert. Gewalt von Einzelnen oder kleinen Gruppen darf nicht als Begründung genutzt werden, mit harter Polizeigewalt gegen friedlich Demonstrierende vorzugehen. Im Grundsatz ist auch hier – wie das auch bei anderen Demonstrationen zu fordern ist – ein möglichst gewaltfreies und deeskalierendes Verhalten der Polizei sinnvoll. Gegen Nazi-Aktivitäten und Gewaltaktionen sollte gezielt vorgegangen werden, ohne die anderen Demonstrierenden anzugreifen. LINKE sollten hier nicht andere Maßstäbe anlegen als sonst. Das Recht auf Demonstration und auf freie Meinungsäuße-

rung ist ein hohes Gut. Zu Recht beklagen wir häufig das harte Vorgehen der Polizei gegen linke Demonstrierende. Forderungen nach härterem Vorgehen der Polizei sollten LINKE nicht erheben.

**7.)** Die Auseinandersetzung der Partei DIE LINKE mit der Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen wird den oben formulierten Anforderungen in vielen Aspekten nicht gerecht. Es wird nicht hinreichend zwischen den Nazis, Reichsbürgern und anderen Rechtsextremen einerseits und der Mehrheit der anderen Teilnehmenden unterschieden, sondern pauschal und mit Anti-Nazi- und Gegen-Rechts-Parolen Agitation und Gegenmobilisierung gegen die „Querdenken“-Demonstrationen betrieben. Es wäre nötig, die Widersprüche zu betonen und die Masse der Teilnehmenden von den Rechtsextremen abzuspalten. Diejenigen, die aus jedenfalls nicht rechten Gründen wie sozialer Betroffenheit oder der Angst um Demokratie und Freiheitsrechte teilnehmen, sollten von links angesprochen werden. Stattdessen wird durch die pauschale Konfrontation die gesellschaftliche Spaltung an dieser Frage vertieft, der Zugang zu den Ansprechbaren wird zunehmend verbaut, und Leute werden schlimmstenfalls den Rechten in die Arme getrieben.

## Zum Umgang mit der Bewegung gegen Corona-Maßnahmen

Es ist auch unangemessen, die Bewegung gegen die Corona-Maßnahmen zu dämonisieren und die von ihr und den Rechtsextremen darin ausgehende Gefahr zu übertreiben. Genauso wenig wie es um eine von Rechts imaginierte „Corona-Diktatur“ geht, geht es hier um eine faschistische Massenbewegung im Werden, von der die Gefahr einer Machtübernahme von Nazis und AfD im Bündnis mit „Querdenken“ oder einer imaginierten „Querfront“ ausginge. DIE LINKE sollte sich daran nicht beteiligen, sondern eine sachliche Auseinandersetzung suchen und darauf hinwirken, die Nazis und anderen Rechtsextremen in dieser Bewegung zurückzudrängen – auch durch eigene Protestangebote mit anderen Schwerpunkten. Es wäre insbesondere eine Aufgabe derjenigen Linken, die sich an dieser Querdenken-Bewegung beteiligen, zu versuchen, in dieser für linke, soziale Forderungen zu werben und rechten Auffassungen entgegenzutreten. Allgemein gilt: Wenn Linke auf das Auftauchen von Rechten bei Massenaktionen stets so reagieren, dass sie diese sofort verlassen und dann gegen die entsprechenden Bewegungen mobilisieren, überlassen sie den Rechten das Feld und vergeben die Chance, linke Alternativen aufzuzeigen. Außerdem können auch Bewegungen für berechtigte Ziele auf diese Weise von daran inter-

essierten Kräften diskreditiert und gespalten werden.

Wenn man stärker werden und gewinnen will, muss man die Gegner spalten und isolieren und nicht sich selbst von möglichst vielen anderen abspalten und isolieren. DIE LINKE sollte insgesamt zur Corona-Pandemie die sozialen und Verteilungsfragen besonders betonen, Fehler, Versäumnisse und Widersprüche im Umgang der Bundesregierung mit der Pandemie kritisieren, und ansonsten - wie andere Parteien auch – ein Spektrum unterschiedlicher Positionen innerhalb der Partei akzeptieren. Wenn die Haltung zu diesen Fragen übermäßig in den Mittelpunkt gestellt und zum Kriterium für die Haltung zur LINKEN gemacht wird, können wir dabei nur verlieren, weil unsere Wähler:innenbasis da keine einheitliche Position hat. Es ist durchaus anzustreben, dass die bisherigen LINKE-Wähler:innen unter denen, die die Corona-Maßnahmen kritisch sehen, auch künftig wieder DIE LINKE wählen und nicht abgestoßen werden. Zum Glück haben die anderen Parteien da ein ähnliches Problem. Andererseits bedeutet das positiv, weil die politischen Gemeinsamkeiten derjenigen, die die Corona-Maßnahmen ablehnen, ansonsten gering sind und die Corona-Pandemie nicht dauerhaft so im Mittelpunkt der Politik stehen wird, dass es unwahrscheinlich ist, dass sich aus dieser Bewegung dauer-

hafte politische Neuformierungen ergeben. Dafür spricht auch das marginale Wahlergebnis des bekanntesten „Querdenkers“ Michael Ballweg bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart.

**8.)** Es ist grundsätzlich eine falsche politische Herangehensweise, als LINKE nur solche Leute anzusprechen und für Unterstützung gewinnen zu wollen, die in möglichst allen Fragen die klaren linken Positionen vertreten und sozusagen bereits jetzt „so sind wie wir“ und Personen mit einzelnen problematischen Haltungen von vornherein abzustößeln. In den letzten Jahren und Jahrzehnten bilden sich häufig Bewegungen ohne Bezug zu traditionellen links geprägten Organisationen und Bewegungszusammenhängen, in denen sich die Widersprüchlichkeiten des Alltagsbewusstseins der Menschen in ihrer ganzen Breite niederschlagen. Während die Rechts-extremen fast immer versuchen, da „rein zu gehen“, obwohl sie zu meist dort überwiegend abgelehnt werden und es gute Bedingungen gäbe, sie auszugrenzen, neigen Linke vielfach primär zu Abgrenzung und überzogenen Anforderungen an die „Reinheit“ solcher Bewegungen. Stattdessen sollte DIE LINKE nach unserer Auffassung eine „expansive“ Herangehensweise haben und versuchen, auf gemeinsam getragenen Positionen ausgehend Menschen einzubinden und in po-

litische Lernprozesse zu bringen. Wichtig ist das vor allem gegenüber Bewegungen, die im Kern linke bzw. „links-offene“ Forderungen vertreten, für soziale Interessen und Gerechtigkeit, für Frieden, für Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, gegen Überwachung usw.

**9.)** Die Gesellschaft ist derzeit gekennzeichnet durch Angst, Unsicherheit über die Zukunft und aber auch durch Vertrauensverlust in Politik und Medien. Die Polarisierung und eskalierende Feindseligkeit innerhalb der Gesellschaft, innerhalb von politischen Zusammenhängen, Familien und Freundschaften zwischen Befürwortern und Gegnern des Lockdowns und anderer Corona-Maßnahmen stellt ein Problem dar – auch für DIE LINKE.

Auch innerhalb der Partei DIE LINKE dürfen sich die Gräben nicht noch weiter vertiefen. Insbesondere in Teilen Ostdeutschlands gibt es durchaus etliche, darunter auch Aktive und Funktionär:innen, die kritisch gegenüber den Maßnahmen sind, sich mehr Opposition dagegen wünschen und den Corona-Protesten aufgeschlossen gegenüberstehen oder sogar dort mitmachen. Diese sind weiterhin Linke und LINKE, wenn sie sich so verstehen. Sie müssen allerdings akzeptieren, dass die mehrheitliche Position der Partei so ist wie sie ist und dass sie mit ihrer



Haltung in einer Minderheit sind. Beschlüsse zu einer vermeintlichen „Unvereinbarkeit einer Beteiligung an Veranstaltungen, Demonstrationen oder Aktionen der ‚Querdenken‘-Bewegung mit den Zielen des Erfurter Programms“ [3] sind nicht hilfreich. Wir appellieren an alle Beteiligten sich auf das Gemeinsame zu besinnen und die andere Seite innerhalb der Partei nicht pauschal abzuwerten oder ihr das „Linkssein“ abzusprechen. Alle Seiten sollten sich darauf besinnen, Kontroversen auch zu die-

sen Fragen vernünftig und sachlich und ohne Unterstellungen und Diffamierungen zu diskutieren.

Es darf nicht darum gehen, Menschen aus der Partei zu treiben oder gegen DIE LINKE aufzubringen, sondern es muss darum gehen, DIE LINKE und die Linke und ihre gesellschaftliche Verankerung zu stärken.

Der Text wurde online auf FREITAG veröffentlicht:

<https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/pandemie-und-protest>

[1] Vgl. als kleinen Überblick <https://norberthaering.de/medienversagen/militaer-geheimdienste-zensur-youtube-impfungitung-der-internet-zensur/>

[2] Erste nicht-repräsentative Ergebnisse einer Befragung in Querdenken-Telegram-Gruppen bestätigen die Differenziertheit und Widersprüchlichkeit der Bewegung: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/studie-zu-corona-protesten-von-links-nach-rechts-bewegt-17085343.html?GEPIC=s3&premium=0x39b329f9a7588f67cf193e3361f32e69>

[3] [https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2020/01/B\\_7\\_144\\_Unvereinbarkeit\\_Querdenken.pdf](https://www.dielinke-sachsen.de/wp-content/uploads/2020/01/B_7_144_Unvereinbarkeit_Querdenken.pdf)

# Die Sozialistische Linke (SL)

**Wer wir sind:** Die SL ist die gewerkschaftlich orientierte Strömung der Partei DIE LINKE. Wir knüpfen an linkssozialistische, links-sozialdemokratische und reformkommunistische Traditionen an.

**Klassenorientierung:** Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und die gemeinsamen Interessen der Lohnabhängigen Mehrheit sind der Anker unserer Politik.

**Was wir wollen:** Wir streiten für gute Arbeit, Löhne und Renten; eine Ausweitung des öffentlichen Eigentums, öffentlicher Investitionen und des Sozialstaats sowie für

Frieden. Wir wollen die Lebensverhältnisse der Mehrheit verbessern, die Macht des Kapitals brechen und den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft verwirklichen.

Mehr Infos auf unserer Website:  
[www.sozialistische-linke.de](http://www.sozialistische-linke.de)

**Jetzt frisch als Neuauflage aus dem Druck und zum Download:** „Sozial-ökologische Revolution“ – das Debattenheft der Sozialistischen Linken.



## Bedingungsloses Grundeinkommen: Keine gute Idee

Der LINKEN steht 2022 eine Auseinander bevor, ob sie die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) in ihre Programmatik aufnehmen soll. Wir begründen in der Broschüre „Bedingungsloses Grundeinkommen: Keine gute Idee“ zusammen mit den GenossInnen der BAGen Betrieb & Gewerkschaft und Hartz IV, warum diese Forderung falsch ist, es schädlich und spaltend wäre, sie ins Programm aufzunehmen und Mitglieder der Partei DIE LINKE deshalb bei einem Mitgliederentscheid mit „Nein“ stimmen müssen.



Hier findet Ihr die Broschüre und könnt gedruckte Exemplare zum Verteilen bestellen: <https://grundeinkommen-kritik.org>

# Erklärung der UNTERSTÜTZUNG der Sozialistischen Linken

Hiermit erkläre ich meine Zugehörigkeit zum Zusammenschluss Sozialistische Linke gemäß der Bundessatzung der Partei DIE LINKE.

Ich bin Mitglied der Partei DIE LINKE: ja  nein  Sollte ich zu irgendeinem Zeitpunkt die Partei verlassen, so werde ich die Landes- und die Bundesgremien des Zusammenschlusses Sozialistische Linke darüber umgehend in Kenntnis setzen.

Name, Vorname  Straße, PLZ und Ort

Landesverband, Kreis-/Bezirksverband

ggf. Parteifunktionen

aktiv/ ggf. Funktion in weiteren Organisationen

Telefonnummer  E-Mail

Geburtsdatum  Ort, Datum  Unterschrift



Online-Beitritt:  
<https://sozialistische-linke.de/mitglied-werden/>

**Bitte abtrennen und schicken an:**  
Sozialistische Linke, c/o DIE LINKE,  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin



# Sozialistische Linke

Die gewerkschaftlich orientierte Strömung



<https://sozialistische-linke.de>